

## Karl Betz

### »Kapital« und Geldkeynesianismus

*Zusammenfassung:* Wird der Gegenstand des »Kapital« als Entwicklung ökonomischer Kategorien gefaßt, so kann sein Aufbau als Abfolge unterschiedlicher Theorieebenen verstanden werden. Es wird versucht zu zeigen, daß diese Abfolge auf der vom »Kapital« erreichten Ebene noch nicht abgeschlossen und der Übergang zu den Grundkategorien einer monetärkeynesianischen Ökonomik möglich ist.

#### Vorbemerkung

Ebenso wie Marx' hat auch Keynes' Werk sehr unterschiedliche Interpretationen erfahren. Dies ist der Grund, warum dieser Artikel nicht mit »Marx und Keynes« oder »Marxismus und Keynesianismus« überschrieben ist. Meine Intention ist bescheidener; ich begnüge mich hier mit der Fragestellung, ob es eine Interpretation des »Kapital« geben könnte, die einigen Sinn macht und die zugleich eine Verbindung mit einer bestimmten Keynes-Lesart erlaubt. Ein Vorschlag zu einer solchen Kapital-Interpretation wird im Zentrum des folgenden stehen; zunächst aber mag es vielleicht hilfreich sein, einige Bemerkungen zu den diversen Keynesianismen vorauszuschicken.

Im allgemeinen wird Keynes mit einer bestimmten Form staatlicher Wirtschaftspolitik in Verbindung gebracht. Zwar ist der Markt nicht aus sich selbst heraus stabil, aber der Einsatz fiskal- und geldpolitischer Instrumente erlaubt es, Vollbeschäftigung, Preisniveaustabilität, angemessenes Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu gewährleisten. Insbesondere resultiert Unterbeschäftigung aus einer zurückbleibenden effektiven Nachfrage und kann daher vermieden werden, wenn die fehlende private durch staatliche Nachfrage ersetzt wird.

Diese Keynes-Interpretation, so sehr sie auch stehendes Vorurteil geworden ist, geht aber eigentlich gar nicht auf Keynes, sondern auf Hicks zurück. Dieser hatte in den dreißiger Jahren an temporären Gleichgewichten für hochaggregierte neoklassische Modelle gearbeitet und glaubte, in der »General Theory« seine Gedankengänge wieder zu erkennen. Seine Besprechung war so eher eine Exposition seines eigenen Ansatzes, als eine Keynes-Interpretation<sup>1</sup>.

Auf diesem Wege wurde Keynes zunächst der Neoklassik assimiliert. Er lieferte lediglich eine Makroökonomie, die in der neoklassischen Synthese ergänzend neben die bewährte mikroökonomische Theorie trat. Aber schon parallel zur »monetaristischen Konterrevolution« war die Hickssche Keynesinterpretation in Frage gestellt worden. Es entstanden in der Folge drei keynesianische Strömungen.

Die *Neue Makroökonomie*, die die neoklassische Annahme von kurzfristigen Preisan-

passungen durch die Annahme von schnelleren Mengenreaktionen ersetzt und so, weil sie die Annahme des Recontracting aufgibt, eine gegenüber der Theorie des Allgemeinen Gleichgewichtes allgemeinere neoklassische Theorie liefert. Die Fragestellung des Geldtheoretikers Keynes greift sie hingegen nicht auf<sup>2</sup>, versucht also auch nicht, zu einer Theorie der Geldwirtschaft vorzustoßen. Sie bleibt vielmehr neoklassische Theorie, in der »keynesianische« und »klassische« Arbeitslosigkeit Abweichungen von Allgemeinem Gleichgewicht sind, die aber auf die Dauer schließlich zum neoklassischen Gleichgewicht tendieren (Rothschild, S. 104).

Die *Fundamentalkeynesianer* gehen davon aus, Keynes sei im Unterschied zur neoklassischen Gleichgewichtsökonomik Theoretiker des Ungleichgewichts und der Unsicherheit gewesen und die »real world« sei eben eine Welt der Unsicherheit und des Ungleichgewichts. Damit übersehen sie erstens, daß der Gegensatz zwischen verschiedenen Paradigmen sich nicht über die Existenzbehauptung für Gleichgewichte, sondern über unterschiedliche Gleichgewichtskonzeptionen definiert und zweitens, daß Keynes sehr wohl eine, der Neoklassik widersprechende Gleichgewichtskonzeption hatte: die des Gleichgewichts bei Unterbeschäftigung (Riese 1987).

Der *Geldkeynesianismus* der Schule Riese. In ihm wird das Paradigma der Theorie einer Geldwirtschaft entfaltet und gegen das neoklassische Paradigma der Theorie einer Tauschwirtschaft gesetzt (für eine gut verständliche Einführung siehe Herr 1986).

In einer Geldwirtschaft braucht man, um zu produzieren, weder Vorleistungen noch Faktoren, sondern Geld. Hat man letzteres, kann man erstere kaufen. Da es nun aber unsicher ist, ob man vorgeschossenes Geld auch zurückbekommt, ist ein Geldvorschuß nicht kostenlos. Sein Preis, der Zins, muß die Unsicherheit des Vermögensrückflusses aufwiegen. Damit erzwingt erstens der Vorschuß von Geld eine Produktion mit Profit. Um dies zu können, muß er die Produktionsprozesse so knapp halten, daß die Faktoren überschüssig gehalten werden. Geld und nicht Arbeit ist die Budgetrestriktion des Marktsystems.

Zweitens muß Geld so knapp gehalten werden, daß seine Funktion als Budgetbeschränkung gewahrt bleibt. Die Entknappung von Geldvorschüssen mündet in eine Inflation und erzwingt eine Politik der Inflationsbekämpfung, die, via Depression, die Überschüssigkeit der Faktoren restituiert (Riese 1986). Geldwirtschaft setzt so Unterbeschäftigung nicht nur voraus, sondern produziert sie auch. Was der Tauschtheorie als Marktversagen erscheint, wird Marktbedingung und -resultat.

Der Geldkeynesianismus verdient daher unabhängig von der Frage seiner exegetischen Richtigkeit unter den diversen Keynesinterpretationen deshalb einiges Interesse, weil die erstgenannte Interpretation im Kontext der Neoklassik steht, ihre Rezeption daher allenfalls auf den bereits existierenden Rational Choice Marxismus führt und insofern nichts Neues bringen kann, während es dem Fundamentalkeynesianismus nicht gelingt, ein eigenes Paradigma auszubilden, das dem neoklassischen entgegengesetzt werden könnte.

Marxistische und geldkeynesianische Ökonomik scheinen nun auf den ersten Blick einen vollständigen Gegensatz zu bilden: Während im Marxismus die Realsphäre die monetäre Sphäre dominiert, das Geldkapital nur eine »abgeleitete« Sphäre ist, die in

ihren Bewegungsgesetzen von der Bewegung des Realkapitals bestimmt wird und nur in krisenhaften Prozessen eine relative Eigenständigkeit gewinnt, geht der Keynesianismus vom umgekehrten Verhältnis aus.

In der Verteilungstheorie bedeutet dies z.B., daß der Profit im Marxismus bei gegebener Arbeitsproduktivität als durch die Lohnhöhe bestimmte Restgröße erscheint, die ihrerseits die Verwertung eines Geldvorschusses, den Geldzins erlaubt. Im Geldkeynesianismus hingegen erzwingt der monetäre Zins (der seinerseits über die Liquiditätspräferenz erklärt wird) deshalb eine Profitrate, weil die Aufnahme einer Produktion einen Geldvorschuß erfordert und der Lohn wird zur Restgröße – mit der Implikation, daß Steuern im Marxismus den Gewinn, im monetären Keynesianismus hingegen die Löhne treffen.

In der Akkumulationstheorie ist im Marxismus der Profit vergangener Perioden die Voraussetzung der Investition, während im Geldkeynesianismus die laufende Investition ein Einkommen entstehen läßt, das ihre Finanzierung ermöglicht. Während also dort vergangenes Einkommen die Voraussetzung gegenwärtiger Vorschüsse ist, sind hier die gegenwärtigen Vorschüsse die Voraussetzung gegenwärtigen Einkommens.

Allerdings gibt es neben den Differenzen, deren Aufzählung sich beliebig verlängern ließe (mit der Einschränkung freilich, daß man sehr bald gezwungen wäre, zwischen verschiedenen marxistischen Schulen zu differenzieren), Übereinstimmung darin, in der kapitalistischen Produktionsweise eine historisch-spezifische Form des Wirtschaftens zu sehen. Im Marxismus wird dieser Aspekt sicherlich deutlicher herausgestellt, als dies in der geldkeynesianischen Literatur der Fall ist (vgl. aber Stadermann 1987 S. 361 ff.). Jedoch zielt Rieses dictum, daß »... die Existenz von Geld den für die keynesianischen Ökonomie spezifischen Charakter von Unsicherheit ... begründet« (Riese 1987a, S. 173; Riese 1987, S. 198), auf diese historisch-spezifische Form ab, denn hier wird ja gerade nicht auf allgemeine Unsicherheit (Mißernten, Naturkatastrophen) rekurriert, sondern auf die Unsicherheit, die durch die spezifische Form der Vergesellschaftung, die Vermittlung der Produktion durch Geld, erst entsteht und mit dieser die Liquiditätspräferenz begründet, die ihrerseits den Kern der Theorie ausmacht.

Aber vielleicht ist dieser Gegensatz zwischen marxistischer und geldkeynesianischer Ökonomik nur ein scheinbarer: Einen Gegensatz könnten sie ja nur bilden, wenn beide Theorien auf die gleiche Fragestellung antworteten. Zumindest von einigen Marxisten wird das aber bezweifelt. In PROKLA 63 arbeitete Backhaus den Unterschied zwischen der Fragestellung des »Kapital« und der akademischen Ökonomik heraus. Nach seinem Verständnis würden Klassik, Neoklassik und Geldkeynesianismus sich etwa mit der Bestimmung relativer oder absoluter Preise beschäftigen, ohne zu fragen, was ein Preis denn eigentlich sei, während Gegenstand des »Kapital« das Verständnis der Ausgangskategorien jener wäre. Da die Bezeichnung Ökonomik im üblichen Sprachgebrauch für die erstere Art der Fragestellung besetzt ist, werde ich die zweite im folgenden als Metaökonomik bezeichnen.

Dieser Aufsatz versucht nun zu klären, ob eine solche Interpretation des »Kapital« zu

sinnvollen Ergebnissen führen kann. Im ersten Abschnitt soll die Frage nach der Methodik, die eine so verstandene Metaökonomik erfordert, gestellt werden. Sodann wird versucht, »Das Kapital« vor der Folie dieser Methode zu interpretieren.

Trifft Backhaus' These zu, so ist das Kriterium für das Verhältnis von Metaökonomik und einem konkreten ökonomischen Paradigma die Frage, ob jene auf die Ausgangskategorien einer bestimmten Ökonomik führt. Der Geldkeynesianismus könnte also dann für den Marxismus von Interesse sein, wenn man zeigen könnte, daß das von ihm thematisierte Grundverhältnis, das Geldkapitalverhältnis, Resultat der kategorialen Entwicklung sein muß; das »Das Kapital« also in dem Sinne un abgeschlossen ist, daß es notwendig wird, das Kapitalverhältnis im gleichen Sinne als Ausfluß des Geldkapitalverhältnisses zu fassen, in dem das Waren- und das Geldverhältnis als Ausfluß des Kapitalverhältnisses zu verstehen sind. Argumente für eine solche Fortbestimmung versucht der dritte Abschnitt vorzutragen.

Nun kann es aber natürlich nicht die Bedeutung des Marxschen Werkes ausmachen, der Ökonomik eine Kategorienlehre zu liefern. Der letzte Abschnitt reißt daher kurz die Frage nach den gesellschaftstheoretischen Implikationen an, die vor der Folie einer solchen Interpretation erhalten bleiben.

## I. Methode und Gegenstand<sup>3</sup>

Im Nachwort zur zweiten Auflage des »Kapital« schreibt Marx: »Die politische Ökonomie blieb in Deutschland bis zu dieser Stunde eine ausländische Wissenschaft« (MEW 23, S. 19). Er streitet also der klassischen Ökonomie nicht den Charakter einer Wissenschaft ab. Dennoch heißt es in seinem Brief an Lassalle (vom 12.11.1858; MEW 29, S. 567), daß »die Ökonomie als Wissenschaft im deutschen Sinne« erst noch zu machen sei. Dieser »deutsche Sinn« erschließt sich, wenn man bedenkt, daß diese Bemerkung fällt, nachdem Marx Lassalles »Herakleitos« erhalten hatte, also den gemeinsamen Bezug auf Hegel voraussetzen kann.

Hegel greift das Denkverbot der empirischen Wissenschaften an, mit dem diese sich versagen, ihre grundlegenden Kategorien zu hinterfragen (Hegel, W 20, S. 231). Sie gebrauchen ihre Kategorien auf eine »völlig unkritische und bewußtlose Weise« (Hegel, W 8, S. 108). Ihre Berechtigung liegt darin, daß sie fordern, daß »was wahr ist, in der Wirklichkeit sein und für die Wahrnehmung da sein muß« (Hegel, ebenda, S. 107), aber damit ist der Forderung des Erkennens nicht genüge getan, da »... zum Erkennen das Wissen von äußerlichen Bestimmtheiten nicht ausreicht, sondern dazu das Erfassen der substantiellen Bestimmtheit des Gegenstandes notwendig ist« (Hegel, W 10, S. 245). Andernfalls fällt man in die »Selbsttäuschung wie Täuschung anderer, beim Erkennen etwas als bekannt vorauszusetzen und es sich ebenso gefallen zu lassen« (Hegel, W 3, S. 35).

Nur, daß es natürlich für Marx nicht das Vernünftige, sondern die entfremdete Lebenstätigkeit, die Arbeit und ihre Form der Vergegenständlichung, das Privateigentum ist, die den »Reichtum von Formen, Erscheinungen und Gestaltungen« (Hegel,

W 7, S. 25) hervorbringt, die Gegenstand und Kategorien der politischen Ökonomie ausmachen.

»Die Arbeit, um die es sich zunächst handelt, ist Kritik der ökonomischen Kategorien oder, if you like, das System der bürgerlichen Ökonomie kritisch dargestellt. Es ist zugleich Darstellung des Systems und durch die Darstellung Kritik desselben« (Brief an Lassalle vom 22.2.1858. MEW 29, S. 550).

Entwicklung der Kategorien also ist Absicht des »Kapital«, nicht Entfaltung ökonomischer Theorie selbst.

Zunächst sind Kategorien Universalien, d.h. Begriffe, die die Voraussetzung der Möglichkeit konstituieren, irgendeinen Gegenstand zu denken (Hoffmeister, S. 345, Eisler, S. 282). Kategorien der Ökonomik des Kapitalismus sind dann offensichtlich die Begriffe, die jeder gedanklichen Reproduktion kapitalistischer Ökonomie zugrunde liegen müssen.

Nun sind aber diese Kategorien nicht apriori gegeben. Ökonomische Theoriebildung besteht ja gerade darin, bestimmte ausgezeichnete Begriffe aus der Erfahrung aufzugreifen und die sich aus dieser Auswahl ergebenden Konsequenzen zu systematisieren. Ganz abgesehen von der kantischen Erkenntniskritik, ist Erfahrung aber unendlich mannigfaltig und an den Begriffen für die Gegenstände dieser Erfahrung klebt weder ein Zettelchen, das besagt, daß der jeweilige Begriff in Bezug auf einen bestimmten Erfahrungsbereich eine Kategorie, noch daß er eine ökonomische Kategorie sei. Die Auswahl, wiewohl Vorbedingung für die Theoriebildung, setzt ihrerseits ein unbewußtes theoretisches Vorverständnis (siehe Holton, S. 376 ff.) des Ökonomen voraus. Diese ermöglicht unterschiedliche Kategoriensysteme, die ihrerseits unterschiedliche ökonomische Paradigmen konstituieren (siehe Stadermann 1987). Dabei sind unterschiedliche Kategoriensysteme nicht nur durch differierende Auswahl der Kategorien gekennzeichnet; auch die Bedeutung gleichlautender Kategorien verändert sich in den unterschiedlichen Kontexten (Feyerabend 1982).

Dialektik erhebt nun seit jeher den Anspruch, ein Verfahren zur Diskussion des Zusammenhangs von Kategorien bereit zu stellen (Platon, *Politeia* 533c; Parmenides 135e f.). Ihre These ist, daß jede Kategorie Konsequenzen für die Bedeutung der übrigen hat, wie umgekehrt sie selbst und die Relationen aller Kategorien durch diesen Kontext bestimmt werden.

Sie fängt ihre Entwicklung daher mit sehr wenigen Kategorien an, diskutiert dieses einfache System und führt sodann schrittweise weitere Kategorien ein. Die Folge ist, daß in diesem Fortgang auch alle bisherigen Kategorien und deren Beziehungen aufeinander umbestimmt werden (Platon, Parmenides 136b-c; für Bedeutungsverschiebungen in Hegels Konzept der Negation der Negation im Verlaufe der »Logik« siehe Henrich 1981).

Die Einführung einer neuen Kategorie ist mithin äußerst folgenreich. Erstens erzwingt sie die Umbestimmung aller bisherigen Kategorien und zweitens verändern sich in der und durch die Entfaltung des kategorialen Systems Erfassung des und Perspektive an den Kapitalismus. Dies heißt aber, wenn man die Verbindung von world view und Paradigma im Auge behält (Kuhn, S. 141 ff.), daß die Einführung neuer Kategorien

zugleich den Übergang von einem ökonomischen Paradigma zu einem anderen, die Überwindung einer defizitären Erfassung der Form ökonomischer Vergesellschaftung zu Gunsten einer entwickelteren bedeutet. Diese drastische Konsequenz der Einführung weiterer Kategorien verlangt nach einer Begründung für die Einführung, die so zwingend wie irgend möglich ist. Diese Funktion übernimmt bei Marx – wie bei Hegel (siehe Fuldas Rekonstruktion) – der logische Widerspruch. Eine Theorieebene muß deshalb durch die Einführung einer weiteren Kategorie überwunden werden, weil sie auf eine logisch falsche Aussage führt – wie ja schon im sokratischen Diskurs der Widerspruch zum Ausweis und zur Überwindung einer unzureichenden Position diene (siehe etwa den Theaitetos oder Sophistes 230b-d).

Folglich entstehen auf den verschiedenen Stufen auch Theoriezusammenhänge – Tauschtheorie, Theorie der einfachen Warenzirkulation, Arbeitswertlehre (um den gängigen Namen zu gebrauchen), klassische politische Ökonomie.

Was die Entwicklung vorantreibt, also den Übergang von einem Abstraktionsniveau und damit von einer Theorieebene zur anderen erzwingt, ist die Defizienz der Kategorien, mit denen sie arbeiten, sind die Beziehungen, die in den Kategorien an sich angelegt sind – dies, weil sie Resultat der Abstraktion aus einem Zusammenhang mit anderen Kategorien sind, der sie nichts desto weniger geprägt hat, von denen die Theorie aber abstrahiert. Daher führen diese Theoriezusammenhänge, sobald sie voll entfaltet sind, ihre eigene Katastrophe herbei: Sie führen auf einen logischen Widerspruch und haben zugleich bereits die Ansatzpunkte hervorgebracht, bei denen die entwickeltere Theorie ansetzen kann. Ganßmann betont, daß, weil diese Theorien ökonomische Theorien sind, dies sich generell auch so auffassen läßt, daß die aus ihnen entwickelte Gleichgewichtskonstellation sich als Konstellation eines Ungleichgewichts erweist (Ganßmann 1983, S. 410 f.). Nach ihm wäre also die allgemeine Form des logischen Widerspruchs: Eine Theorie deduziert ein Gleichgewicht, von dem sie zugleich deduziert, daß es ein Ungleichgewicht ist.

Dialektik ist also insofern der »Weg des Zweifels ... oder ... der Weg der Verzweigung« (Hegel W 3, S. 72), als sie im Unterschied zu einem Lehrbuch nicht mit »richtigen« Modellen anfängt, die dann nur mehr erweitert werden, sondern sie läßt die Zusammenhänge, die sie erreicht, immer wieder falsch werden, um überhaupt erst einen angemessenen Ausgangspunkt zu gewinnen.

Eine solche Interpretation verstärkt natürlich den Einwand Reichelts gegen Hofmann, die Kategorien des »Kapital« könnten nicht einfach für die ökonomische Analyse eingesetzt werden, da dieses auf einer anderen Abstraktionsebene angesiedelt sei (Reichelt 1969, S. 22): Wenn *alle* Kategorien gebraucht werden, um Kapitalismus thematisieren zu können, und diese sich noch dazu durch die Einführung neuer Kategorien verändern, kann ich offensichtlich Theorie erst treiben, wenn alle gewonnen sind. Die These von den »abstrakteren Bestimmungen, die modifiziert werden, aber im Kern erhalten bleiben«, muß vor dem Hintergrund einer solchen Interpretation aufgegeben werden, da ja Kriterium dieser Versicherung der Vergleich mit den Folgerungen ist, die sich aus dem entwickelteren Kategoriensystem ergeben – und nicht die des früheren Verbotsschildes für die spätere Entwicklung abgeben. In Son-

derheit macht es keinen Sinn, hier von abstrakteren Gesetzmäßigkeiten zu reden, denn wenn ich etwas ohne eine Kategorie thematisiere, ohne die ich es nicht thematisieren kann, dann thematisiere ich offensichtlich nicht das gleiche abstrakter, sondern einfach etwas anderes (für die Kategorien selbst macht es allerdings Sinn, von abstrakteren Kategorien zu reden, wenn unter Konkrektion Bestimmtheit verstanden wird, denn sie erfahren ihre Bestimmung ja durch die Integration weiterer Kategorien).

## II. Eine Reinterpretation

Es sind nun die Konsequenzen anzugeben, die sich ergeben, wenn man »Das Kapital« vor der Folie dieser Methodik rezipiert. Die Entwicklung muß sich so beschreiben lassen, daß, ausgehend von einem System ökonomischer Kategorien, deren Wechselbeziehungen aufeinander betrachtet wird, diese Betrachtung auf einen Widerspruch führt, der seinerseits eine Weiterentwicklung durch Einführung einer neuen Kategorie erzwingt.

### *Der Widerspruch der Tauschtheorie*

Während die Tauschtheorie, indem sie die Zirkulation von Waren nur als Austausch faßt, erlaubt, Ökonomie ohne Geld zu denken, und dieses dann erst nachträglich als Schmiermittel des Austauschs einzuführen – also die Dichotomisierung von Geld- und Gütersphäre gestattet –, zeigt Marx, daß sie zu einem Widerspruch führt, der zum Übergang auf die Theorie der geldvermittelten Warenzirkulation zwingt. Noch deutlicher: *Logisch zwingendes* Resultat der ersten beiden Kapitel ist: Abstrahiert man bei der Thematisierung der Zirkulation als Waren produzierter Produkte vom Geld, so schließt die Theorie einen logischen Widerspruch ein. Ein theoretisches System, das auf der Dichotomisierung von Geld- und Gütersphäre beruht, *muß also falsch sein*.

Der einfachste Ausdruck, auf den die klassische politische Ökonomie die Zirkulation bringt, ist die Äquivalenttauschtheorie: Adam und David treffen sich und tauschen Hirsche und Biber. Deren relative Preise reflektieren ihre Produktionskosten (Smith, Buch I, Kap. 5,6; Say, *Traité*, S. 328; Ricardo, Kap. I.1-I.3). Jedoch: Der Zusammenhang ihrer (Privat-)Arbeiten wird nicht irgendwie, sondern durch ihre Produkte vermittelt, deren Relationen so eine soziale Funktion zuwächst: sie nehmen Warenform an.

Der Wert einer Ware ist Ausdruck eines gesellschaftlich Verhältnisses: über ihn reguliert die Gesellschaft die Verteilung ihrer Gesamtarbeit auf die einzelnen Produktionszweige. Die Eigenschaft eines Dings, Ware zu sein – und damit: Wert zu haben –, ist deshalb keine ahistorische Eigenschaft, sondern Reflex eines gesellschaftlichen Verhältnisses; eines Verhältnisses, das sich nur deshalb als Eigenschaft eines Dings niederschlägt, weil es ein von den Menschen nicht bewußt gestaltetes ist (MEW 23, S. 86). Weil die Produkte als Waren getauscht werden, haben sie Wert.

Produktentausch ist möglich, solange jeder für sich selbst produziert, was er zum Leben braucht und nur Überschüsse getauscht werden (siehe z.B. MEW 26.2, S. 509). Unter Bedingungen aber, wo jeder Gebrauchswerte für andere produziert – und damit Dinge, die für ihn nutzlos sind –, kann der Produzent nur überleben, indem sich seine Arbeit als Glied der gesellschaftlichen Gesamtarbeit bewährt. Warentausch und Produktentausch sind also zwei Paar Stiefel. Der Produktentausch entspricht einer Ökonomie, in der die Akteure im wesentlichen Selbstversorger sind, während der Waren- »tausch« einer Ökonomie entsprechen soll, deren Akteure Glieder einer umfassenden Arbeitsteilung sind. Glieder aber, die in einem Verhältnis wechselseitiger Fremdheit stehen. Die Vermittlung einer solchen Ökonomie durch Tausch von Waren denken zu wollen, führt auf einen logischen Widerspruch: derselbe Prozeß, der Tauschakt, müßte »... gleichzeitig für alle Warenbesitzer nur individuell und zugleich nur allgemein gesellschaftlich sein« (MEW 23, S. 101; meine Hervorhebung).

Bereits die Thematisierung der einfachen Warenzirkulation führt so auf die Notwendigkeit der Thematisierung der Interaktion von Geld- und Gütersphäre: Weil eine Nachfrage nach einer Ware ein Angebot von Geld sein muß und umgekehrt (Thornton 1967, S. 194 f.), kann eine Gütermarkttheorie nicht von der Theorie des Geldmarktes abgekoppelt werden.

Dieses Ergebnis ist nicht an die Arbeitswertlehre (wer immer die vertreten soll) gebunden, sondern allgemein für eine Ökonomie mit marktvermittelter Produktion gültig: Daß die Gleichgewichtspreise hier nur durch die in die Produktion eingehende gesellschaftlich-notwendige Arbeit bestimmt, daß sie Werte, und insofern quantitativ nur durch ihre Eigenschaft, Vermittler von Arbeitsprozesses zu sein, bestimmt sind, liegt ganz einfach daran, daß die Produktion selbst bisher nur als Verausgabung von Arbeit, noch nicht als Produktionsprozeß des Kapitals gefaßt wurde<sup>4</sup>.

### *Der Widerspruch der Theorie der einfachen Warenzirkulation*

Werden die Extreme der Äquivalenttauschtheorie als Waren genommen, so führt dies zur Detruierung der Tauschtheorie und zum Übergang auf die Theorie der einfachen Warenzirkulation: Aus W-W wird W-G-W.

Betrachtet man W-G-W nur vom Standpunkt des Resultats W-W, so führt dies auf's Glatteis. W-W scheint auszusagen, daß niemand verkaufen könne, ohne zu kaufen, daß also jedes realisierte Einkommen automatisch auch Nachfrage sei. In Wirklichkeit besagt es jedoch, daß Kauf und Verkauf auseinanderfallen. Soweit folgt Marx der Argumentation von Mill (Mill 1844, S. 91 f.). Was ihn von Mill unterscheidet, ist dessen These, daß »... niemand Geld um des Geldes willen haben will...« (ebenda, S. 91). Das dritte Kapitel entwickelt nun die Geldfunktion so, daß dieses immer mehr an Gewicht gewinnt. Es ist klar, daß diese Funktionen sich aus den bisher betrachteten Formen ergeben müssen; was aber bisher betrachtet wurde, war die Warenzirkulation W-G-W, die in zwei Momente zerfällt:

G-W, den Kauf, der die formelle Möglichkeit des Auseinanderfallens von Zahlungs-

versprechen und Zahlung enthält, woraus sich die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel ableitet, und W-G, das die formale Möglichkeit der Schatzbildung eröffnet: Der Verkäufer kann das Geld festhalten.

Von diesen beiden Momenten dient das zweite als Ausgangspunkt der weiteren Entwicklung. Dies ist nicht zuletzt deshalb plausibel, weil das Gläubiger-Schuldner-Verhältnis (G-G-W-G'-G') ja zu seiner Erklärung die Erklärung der inneren Figur voraussetzt und weil es zweitens auf dem Niveau der bisherigen Entwicklung allenfalls als zufälliges, nicht aber als systematisch reproduziertes Verhältnis erscheint (MEW 23, S. 149 f.). Zugleich bedeutet dies aber, daß nicht auszuschließen ist, daß sobald es als systematisches Verhältnis erzeugt ist, es ebenfalls virulent werden und ein ähnliches Potential für die Weiterentwicklung entwickeln könnte, wie der Schatzbildner). Das Bedürfnis, Geld festzuhalten, ergibt sich hingegen aus der einfachen Warenzirkulation selbst (MEW 23, S. 145). Es ist die soziale Funktion des Geldes, seine Notwendigkeit für die Marktvermittlung der gesellschaftlichen Produktion, aus der hier die intensiveren Geldfunktionen erwachsen<sup>5</sup>.

Nach den eher jämmerlichen Rollen, die es in den beiden ersten Akten spielte, ist es nun in den Mittelpunkt der Handlung gerückt. Der Diener wirft seine Lumpen ab und erweist sich als Thronprätendent: »als alleinige Wertgestalt«, als »die unmittelbar gesellschaftliche Inkarnation aller menschlicher Arbeit« (MEW 23, S. 147) und wird damit vom Mittel zum Zweck der Zirkulation; W-G-W geht in G-W-G über – womit zugleich der Theorie der einfachen Warenzirkulation, denn mehr steht als ökonomische Theorie ja noch nicht zur Verfügung, die Aufgabe gestellt ist zu erklären, wie man aus Geld mehr Geld machen kann.

Natürlich kann der prospektive Kapitalist sich Waren auf dem Markt kaufen und ihren Wert erhöhen, indem er sie bearbeitet. Allein, damit ist die gestellte Aufgabe nicht gelöst, denn nicht der vorgeschossene Wert hätte sich verwertet; vielmehr hätte der gute Mann, neben dem konstant gebliebenen Wert der Vorprodukte, nur den Wert des Ergebnisses seiner Arbeit erlöst. Die Verwertung des Werts muß gedacht werden können auch dann, wenn der Vorgang sich in seiner Reinheit abspielt, der Geldeigentümer also *nichts* tut und den Wert sich alleine verwerten läßt.

Der Kapitalprofit muß also erklärt werden können auch dann, wenn der Vermögensbesitzer bzw. Kapitalist *nicht* Unternehmer ist, den Unternehmer also als seinen Vikar beauftragt, das Vermögen sich mal vermehren zu lassen. Daß der Unternehmer dann eine »Entschädigung« erhält, ist nicht das Problem. Die Frage ist vielmehr, wieso der Vermögensbesitzer dann noch einen Profit machen kann. Zumindest hier ist es nicht nötig, Marx gewaltsam auf die geldkeynesianische Fragestellung zurecht zu biegen, denn zum einen ist genau dies der Inhalt der Form G-W-G', zum andern stellt Marx explizit die Frage so:

»Unser Freund, eben noch so kapitalübermütig, nimmt plötzlich die anspruchslose Haltung seines eigenen Arbeiters an. Hat er nicht selbst gearbeitet? ... bildet diese seine Arbeit nicht auch Wert? Sein eigner Overlooker und sein Manager zucken die Achseln« (MEW 23, S. 207).

Soll aber der Wert als Subjekt des Verwertungsprozesses aufgefaßt werden, so geht das natürlich nur da, wo er auch als Wert, mithin als Verdinglichung eines gesell-

schaftlichen Verhältnisses ist. Das ist er aber nur innerhalb der Zirkulationsphäre, dem einzigen Ort, an dem Wechselbeziehungen der Warenbesitzer stattfinden.

»Das Kapital kann also nicht aus der Zirkulation entspringen, und es kann ebensowenig aus der Zirkulation nicht entspringen. Es muß *zugleich in ihr und nicht in ihr* entspringen« (MEW 23, S. 180; meine Hervorhebung).

Nur aus der einfachen Warenzirkulation G-W-G' begründen zu wollen, führt also auf einen *Widerspruch*, zwingt, einmal den Produktionsprozeß zu thematisieren, diesen jetzt aber gefaßt als mehrwertheckend, also nicht nur als Arbeitsprozeß, der, wie in Kapitel 1.2, zugleich Wertbildungsprozeß ist, sondern als Produktionsprozeß, der zugleich *Verwertungsprozeß* einer vorgeschossenen Geldsumme ist.

Damit ist die von Keynes 1933 (Keynes, Werke 13, S. 408 ff.) gestellte Aufgabe einer »monetary theory of production« als *notwendige* Fragestellung *entwickelt* – und zugleich Grundfragestellung alles folgenden.

### *Der Widerspruch der Werttheorie*

Der Produktionsprozeß muß nunmehr gefaßt werden, als die Verwertung des Geldvorschusses vermittelnd. Aus Einheit von Arbeits- und Wertbildungsprozeß wird er zu Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozeß (G...G'). Zugleich wird aber auch der Verwertungsprozeß weiterbestimmt: Aufgrund der Eigenschaft des Arbeitsprozesses differenziert sich der zu verwertende Geldvorschuß in konstantes und variables Kapital. Hinzu kommt, aus der Bestimmung, Moment des Zirkulationsprozesses zu sein, die weitere innere Ausdifferenzierung des Vorschusses in fixes und zirkulierendes Kapital.

Diese Auffächerung führt dazu, daß die Verwertungsraten unterschiedlicher Kapitalvorschüsse – unter der Voraussetzung der Verwertung nur des variablen Kapitals (also Wert = Preis und Profit = Mehrwert) – bestenfalls noch zufällig übereinstimmen. Einerseits muß daraus folgen, weil der Produktionsprozeß Verwertungsprozeß ist, daß nur die Produktionsprozesse aufgenommen werden, die die höchste Verwertungsrate aufweisen. Andererseits, dies weisen die Reproduktionsschemata aus, hat der Produktionsprozeß qua Arbeitsprozeß stoffliche Voraussetzungen, die eine ganz bestimmte stoffliche Struktur des gesellschaftlichen Produktionsprozesses erfordern. Diese Konstellation führt auf die Aussage: im Gleichgewicht sind alle Kapitale in der Branche mit der höchsten Verwertungsrate engagiert und im Gleichgewicht sind die Kapitale in unterschiedlichen Branchen engagiert.

Der Wertbegriff wird obsolet, weil er als gesellschaftliche Form der Vermittlung der Arbeit konzipiert war, nun aber, da der Produktionsprozeß als Produktionsprozeß des Kapitals gefaßt werden mußte, die Arbeit gar nicht mehr gesellschaftliche Voraussetzung der Produktion ist. Voraussetzung des Produktionsprozesses als Produktionsprozeß des Kapitals ist zwar die Warenform der Arbeitskraft, aber diese Voraussetzung einmal gegeben, benötigt der Kapitalist nurmehr Geld für die Aufnahme der Produktion. Hat er dieses, so kann er sich alles andere dafür kaufen. Zur Bedingung der Aufnahme der Produktion sind somit Geldvorschüsse geworden; um ihre Verwer-

tung geht es und sie ist nunmehr zu vermitteln. Daher muß der Wertbegriff, soll er weiterhin als Reflex der dinglichen Vermittlung der Produktion – und daher deren gesellschaftlicher Voraussetzungen – gefaßt werden, unbestimmt werden. Da der Produktionsprozeß nunmehr zum Produktionsprozeß des Kapitals weiterbestimmt wurde, läßt sich die qualitative Bestimmung des Wertbegriffs nur halten, wenn seine quantitative Bestimmtheit neu konzipiert wird.

»Im Mehrwert ist das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit bloßgelegt; im Verhältnis von Kapital und Profit erscheint *das Kapital als Verhältnis zu sich selbst*, ein Verhältnis, worin es sich als ursprüngliche Wertsumme von einem, von ihm selbst gesetzten Neuwert unterscheidet« (MEW 25, S. 58).

Wenn man der Auffassung ist, daß es irgendeine Verbindung zwischen hegelschem Kategoriensystem und marxischer Gesellschaftstheorie gibt, so muß man vor dem Hintergrund dieser Aussage zu dem Schluß gelangen, daß der Übergang von der Wert- zur Produktionspreistheorie einen wichtigen Einschnitt in der Entwicklung markiert. Was hier angesprochen wird, der Übergang von einem Verhältnis zum Anderen zum Verhältnis zu sich selbst, ist nämlich bei Hegel nichts anderes als die letzte Stufe der Wesenslogik (aktive und passive Substanz), die zugleich in die Begriffslogik überleitet:

»Diese unendliche Reflexion in sich selbst ... ist die *Vollendung der Substanz*. Aber diese Vollendung ist nicht mehr die *Substanz* selbst, sondern sie ist ein Höheres, der *Begriff*, das *Subjekt*« (Hegel W 6, S. 248 f.).

Erst hier also nähert sich die Konzeption dem Niveau, auf das sie angelegt ist, wenn das Kapital im 5. Kapitel des ersten Buches als »automatisches Subjekt« angekündigt wird.

Es ist deshalb etwas unverständlich, wenn Marxisten die Ebene des dritten Buches, das darauf abzielt, »die konkreten Formen aufzufinden, und darzustellen, welche aus dem Bewegungsprozeß des Kapitals als ganzes betrachtet hervorzunehmen ... ((die)) Form, worin sie auf der Oberfläche der Gesellschaft, in der Aktion der verschiedenen Kapitale aufeinander, der Konkurrenz und im Bewußtsein der Produktionsagenten selbst auftreten« (MEW 25, S. 33), in abschätzigem Sinne als Oberflächenphänomene titulieren – so, als ob der Kapitalismus daneben noch eine Tiefgarage hätte, in der Wert und Mehrwert als Kellergeister umgehen. Wenn die jetzt aufzufindenden Formen die konkreten Formen sind, so waren Wert und Mehrwert eben abstrakte, defizitär bestimmte Kategorien.

Die konkreteren Kategorien sind erst zu entwickeln, um begriffen statt einfach angenommen zu werden; aber so: als begriffene statt als vorausgesetzte, sind sie eben auch die angemessenen Kategorien zur Thematisierung der »wirklichen Bewegung der Konkurrenz«.

Es genügt, den Schluß aus den von Marx bisher entwickelten Prämissen zu ziehen, um zur Produktionspreistheorie überzugehen. Es zeugt von einer seltsamen Marx-Rezeption, Zitate gegen die einfache Konsequenz der im »Kapital« erreichten Ebene der kategorialen Entwicklung geltend zu machen – der spiegelbildlich eine Marx-Kritik entspricht, die in der Transformationsdebatte glaubt, die Schlußfolgerungen, auf die »Das Kapital« selbst führt, gegen dieses geltend machen zu müssen. Dies heißt nicht,

daß behauptet wird, das Transformationsproblem sei lösbar. Vielmehr ist aus dieser Perspektive die Frage falsch gestellt und die Unlösbarkeit des Transformationsproblems gerade ein Ausweis dafür, daß der Diskurs des »Kapital« auf eine neue Theorieebene führt. (Siehe hierzu auch den Aufsatz von Michael Heinrich in diesem Heft.)

### III. Die Unabgeschlossenheit des »Kapital«

#### *Der Widerspruch der Klassik*

Mit der Produktionspreistheorie erreicht die Entwicklung im »Kapital« das Niveau der klassischen und neuklassischen Theorie. Auch die Existenz eines Freiheitsgrades für die Schließung des Produktionspreissystems ist Marx klar (MEW 26.3, S. 88). Rückblickend ist es jedoch wenig plausibel, ausgerechnet die Stärke der klassischen Lohntheorie als Argument gegen die Schließung über den Zinssatz geltend zu machen, und diesen Freiheitsgrad durch die Vorgabe eines Reallohns zu schließen. Dieser Abschnitt geht nun von der These aus, daß die dialektische Entwicklung im »Kapital« nicht zu Ende geführt ist. Nach der für die Interpretation zugrunde gelegten Methodik gibt es ein eindeutiges Kriterium, um diese Frage zu entscheiden. Es war ja jeweils die Möglichkeit, eine bestimmte Theorieebene auf einen Widerspruch zu treiben, die den Übergang zur jeweils nächsten Ebene erzwang. Das heißt, daß die Entwicklung erst dann abgeschlossen sein kann, wenn dieser Mechanismus nicht mehr arbeitet. Gelingt es, unter den von Marx erarbeiteten Voraussetzungen, die vom »Kapital« erreichte Theorieebene auf einen Widerspruch zu führen, so muß nach den selben methodischen Kriterien, die die Berechtigung der bisherigen Entwicklung auswiesen, auch das vom »Kapital« erreichte Niveau der kategoriellen Bestimmung überwunden werden.

Zunächst ist jetzt ein Niveau erreicht, auf dem das Gläubiger-Schuldner-Verhältnis aus einem zufälligen zu einem systematischen geworden ist: Daß der Zirkulationsprozeß beständig Geld ausschwitzt, ist Resultat des zweiten Bandes des »Kapital« – von daher ergibt sich systematisch ein Geldangebot; zugleich ist klar, daß ein Geldvorschuß einen Profit ermöglichen kann – von daher ergibt sich systematisch eine Geldnachfrage.

Ein weiteres Ergebnis des zweiten Bandes war, daß die Kapitalisten als Klasse sich ihre Gewinne selbst vorschießen müssen, soll die Realisierung der Profite gelingen. Dies bricht aber der Akkumulationstheorie des ersten Bandes das Genick: Wenn die Profite der laufenden Periode realisiert werden sollen, so erfordert dies Vorschüsse in Höhe des bewerteten Produkts der laufenden Periode. Im Falle der erweiterten Reproduktion bedeutet dies, daß entweder die Produktionspreise nie realisiert werden können, weil ja die Summe der Erlöse der Vorperiode gleich der Summe der möglichen Vorschüsse in der laufenden ist, jene aber, qua erweiterte Reproduktion, niedriger ist, als die Summe der Erlöse, die sie in der laufenden Periode ermöglichen soll; oder aber, daß die Vorschüsse der laufenden Periode nicht an die Profite der vergangenen Periode gebunden sind, das Niveau der Akkumulation mithin unbestimmt ist<sup>6</sup>.

Im Fall rein metallischer Zirkulation löst sich das letzte Problem natürlich noch leicht: Es gibt ja eine Branche, die selbst Geld (Gold) produziert. Ihr Produkt (minus Verschleiß der umlaufenden Münzen) erhöht den Goldbestand der Kapitalisten als Klasse. Dennoch: *Es sind nun nicht mehr die Profite der Vorperiode, sondern es ist der Zuwachs der Geldmenge, der die Akkumulation begrenzt.*

Da von nun an die Interaktion von realer und monetärer Sphäre in den Blickpunkt rücken wird, soll zunächst zur Vereinfachung der Diskussion die Quantitätsgleichung eingeführt werden. Sie konstatiert die Gleichheit von Geldmenge (M) mal Umlaufgeschwindigkeit (V) mit den mit ihren Preisen (P) bewerteten Gütern, die umgesetzt werden (Tr). Als Identität ist sie eine Tautologie; eine Theorie ergibt sich erst, wenn bestimmte Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zwischen den einzelnen Faktoren behauptet werden (vgl. für das folgende auch Aglietta 1979, Kapitel 6, der nur leider nicht alle Konsequenzen aus den von ihm entwickelten Prämissen zieht).

Die erste geldtheoretische Position des »Kapital« war nun die Versicherung, daß sich die Geldhaltung dem Transaktionsvolumen anpaßt: Bei sinkendem Transaktionsvolumen wird Gold gehortet, bzw. die Umlaufgeschwindigkeit sinkt. Also  $V = (Tr \times P) / M$ , wobei Produktions- und Preisniveau exogen gegeben waren. Nunmehr ist aber das Produktionsniveau zu einer Funktion des Vorschußvolumens geworden, also  $Tr = (M \times V) / P$ , wobei zunächst die Zuwachsrate der Geldmenge durch die Goldproduktion, V durch die verschiedenen Kassen, die sich aus dem Zirkulationsprozeß des Kapitals ergeben hatten, und P als Produktionspreise ausgedrückt in Gold, somit die gesamte rechte Seite aus der Realsphäre erklärt werden konnte.

Allein, diese Erklärung wurde ja ihrerseits obsolet. Zunächst führen die verschiedenen, der Realsphäre entspringenden dezentralisierten Geldfonds auf die Betrachtung der Banken als Zentralisatoren dieser Summen. Diese haben die Möglichkeit der Kreditvergabe, denn nur ein geringer Teil der Depositen wird von den Einlegern täglich erhoben und die gewährten Kredite werden zu Einnahmen bei anderen Kapitalisten, die dem Bankensystem als ganzem als Einlagen wieder zufließen. Also wird V modifiziert, da jetzt der Reservesatz der Banken auf ihre Einlagen die Grenze der Kreditausweitung bestimmt. Offensichtlich sind die Banken nur dann restlos sicher, jederzeit jedem Auszahlungswunsch ihrer Kunden nachkommen zu können, wenn sie überhaupt keine Kredite vergeben. Je geringer der Reservesatz, desto größer die Gefahr, bei überdurchschnittlichen Abhebungen selbst Kredite bei anderen Banken aufnehmen zu müssen oder gar zu fallieren.

Soweit Kredite oder Auszahlungen zu erneuten Einlagen bei einer Bank führen, ist für diese Operation kein Gold erforderlich. Seine Stelle kann von Noten der Bank vertreten werden, so daß das Gold, das sich ansonsten nutzlos in der Zirkulation herumtrieb, die Reserven der Bank (und damit, bei gegebenem Wunsch der Reservehaltung, die Umlaufgeschwindigkeit) erhöht.

Aber dabei bleibt es nicht: Zunächst verliert Gold seine Eigenschaft als alleiniger Inhalt der Kontrakte: Wenn die Bank Noten ausgibt, so muß sie sie natürlich auch annehmen, wenn Verbindlichkeiten gegen sie zu tilgen sind. Mit der Ausgabe von Noten entsteht damit eine Nachfrage nach Noten, denn der Kreditnehmer muß ja

seinen Schuldendienst bei der Bank leisten und dies kann er in Noten ebensogut wie in Gold. Allerdings ist das Verhältnis zunächst asymmetrisch: Die Noten lauten auf Gold, das heißt, die Bank muß bei ihrer Präsentation Gold auszahlen; folglich muß sie darauf achten, daß ihre Noten nicht gegen Gold entwertet werden. Dies heißt aber nichts anderes, als daß sie sie knapp genug halten muß, um eine Konvertierung uninteressant zu machen. Den Ansatzpunkt dafür bietet ihre Kreditvergabe, deren Volumen – und damit das Volumen ihrer Notenemission – sie über den Zinssatz kontrollieren kann.

Daneben werden ihre Wechsel und Noten bei anderen Banken präsentiert werden, wie sie umgekehrt Noten und Wechsel anderer Banken erhält. Da Noten und fällige Wechsel fremder Banken ebenso in Gold konvertierbar sind, wie ihre eigenen, ist es für sie gleichgültig, ob sie diese oder Gold hält – vorausgesetzt sie befürchtet keine Fallite der jeweils anderen Bank, können deren Noten ebenso wie Gold als Reservemedium fungieren.

Die Bank ist nunmehr zur Zentralbank geworden, die, um nicht ihrer Reserven entblößt zu werden, gezwungen ist, ihren Zinssatz einzusetzen, um die Knappheit der von ihr emittierten Währung zu verteidigen. Im Innern einer Nation sind so verschiedene Zentralbanken entstanden, deren Währungen Wechselkurse zueinander aufweisen (siehe z.B.: Sismondi, S. 83, das Gilbert-Exzerpt in den »Londoner Heften« MEGA VI.8, S. 136, wo zugleich auf die Konsequenz unterschiedlicher Preisniveau-Entwicklung verwiesen wird, Borchardt 1976, S. 10) und die entsprechend der Entwicklung ihrer jeweiligen Reservepositionen unterschiedliche Zinspolitiken betreiben müssen. Die Kunden verschiedener Banken stehen so in einem Außenwirtschaftsverhältnis zueinander. Zu einer wirtschaftlichen Einigung des Landes kommt es erst mit einer einheitlichen nationalen Währung, bei der eine Zentralbank an die Stelle der vielen privaten Notenbanken tritt. Sie kann entstehen, indem entweder der Staat das Geld der stärksten Bank zu dem seinen macht, also Steuern und Staatsausgaben in ihm gezahlt werden, oder indem er das von ihm emittierte Geld knapp genug hält, um alternative Gelder der Vermögenseigentümer aus dem Markt zu konkurrieren (vgl. Stadermann 1986, Kapitel 5.6).

Ein neuer Blick auf die Quantitätsgleichung zeigt, daß nun nach der Umlaufgeschwindigkeit auch die Geldmenge ihre Bindung an die Realsphäre verloren hat. Sie wird nun nicht mehr allein durch den Goldbestand, sondern ebenso durch den Reservesatz der Notenbank bestimmt (da Außenwirtschaftsbeziehungen noch nicht thematisiert werden, kann dies vorläufig nur Gold sein). Selbst unter den Bedingungen einer Goldumlaufwährung stehen also vier Kalkülgrößen des Geldmarktes zwischen Goldbestand und Kredit- und damit Vorschußvolumen: Erstens die Entscheidung der Geldeigentümer, welchen Teil ihres Geldvermögens sie in Noten, welchen sie in Gold halten wollen – dieser bestimmt die Reserven der Zentralbank; zweitens die Entscheidung der Zentralbank, welche Golddeckungsquote sie einhalten will; drittens die Entscheidung der Banken über ihren Reservesatz; und viertens schließlich die Entscheidung der Geldvermögenseigentümer zwischen dem Halten von Forderungen und dem Halten von Geld (letztere ist z.Zt. noch nicht relevant, da es – unter der Voraussetzung,

daß die Banken nicht illiquide werden – , noch kein Argument für Geldhaltung gibt, die über einen rein technisch begründeten Transaktionsbedarf hinausginge).

Mit dem staatlichen Geld ist zugleich die Möglichkeit der Kreditausweitung entstanden. Zwar setzt ihm die Notwendigkeit der Konkurrenz mit dem Geld des Vermögensbesitzers weiterhin Grenzen, aber sobald die Inkonvertibilität (nach innen) durchgesetzt ist, tritt das Gold zurück in den Umkreis der übrigen Waren und damit werden Anpassungskosten, die der Übergang zu einem anderen Inhalt der Kontrakte verursacht<sup>7</sup>, Spielräume für die Geldpolitik eröffnen. Überdies waren es ja nicht nur die Paritätsabweichungen zum Gold, die die Regionalbanken in Schwierigkeiten brachten, sondern der unterschiedliche Grad von Vertrauen in deren Zahlungsfähigkeit – und dies Problem besteht für die Bank mit inkonvertiblen Noten nicht, da diese auf sich selbst lauten, die Zentralbank sich also nicht überschulden kann (nach innen überhaupt nicht, nach außen nur, insofern sie Verpflichtungen in einem anderen als ihrem Geld eingeht – was sie aber unter Umständen muß). Schließlich ist zu bedenken, daß nach dem bisher erreichten Stand der Diskussion der Quantitätsgleichung auch noch gar kein Anlaß für einen Wechsel des Inhalts der Kontrakte vorliegt: Wenn eine Veränderung des Vorschußvolumens nur Mengeneffekte hat, so muß die Vermögenssicherungsfunktion von jedem Geld gleichermaßen erfüllt werden können.

Damit sind die Momente gewonnen, die genügen, die klassische Theorie auf ihren Widerspruch zu führen. Die Zwecke des Souveräns sind nicht die Zwecke des Vermögensbesitzers. Seine Zwecke verweisen auf eine Ausweitung der Industrie und damit eine Stärkung seines Landes – sie scheinen somit mit den Zwecken des Kapitalisten identisch.

Der Souverän wird also auf eine Förderung der Industrie abzielen und dies um so mehr, als das Mittel hierfür, die Senkung der Zinsen, zugleich das Mittel zur Minderung des Schuldendienstes auf die Staatsschuld (oder der Erleichterung staatlicher Kreditaufnahme) darstellt. Damit gibt es aber, nach den Voraussetzungen von Marx, keine Grenze mehr für die Ausweitung der Kapitalvorschüsse. Natürlich, der Souverän muß sein Geld gegen das des Vermögensbesitzers verteidigen, aber – pas de problème: Der Übergang zu einer höheren Akkumulationsrate kann zwar einen einmaligen Preisniveauschub verursachen, nicht aber eine Inflation. Da zeitverzögert das Produktionsvolumen steigt, muß der Preisniveauschub sich wieder zurückbilden. Die Stabilität der Währung gerät also nicht in Gefahr, wenn man an die Hemmschwelle für eine Flucht aus dem Geld des Souveräns denkt.

Unter der Bedingung metallischer Zirkulation konnten die möglichen Geldvorschüsse als durch die Geldmenge begrenzt gedacht werden, weil technische Grenzen der Erhöhung der Zirkulationsgeschwindigkeit ja nicht unplausibel sind. Dies ist nun nicht mehr der Fall. Daran zeigt sich, daß die Bedingung der Investition aus dem Einkommen (im Gegensatz zur Einkommensbildung als Folge der Investition), die Eichhörnchentheorie der Akkumulation, das Eselsohr ist, in dessen Gestalt die Notwendigkeit des Knapphaltens von Geldvorschüssen aus dem Realschleier über der Geldwirtschaft hervorlugt.

Es kann zu einer Ausweitung des Kreditvolumens und damit der Kapitalvorschüsse

kommen und es muß zu ihr kommen, solange der Zins unter der Profitrate liegt; denn so lange ist das klassische Gleichgewicht ein Ungleichgewicht, weil der Vermögensmarktpreis neu produzierter Kapitalgüter (die abgezinsten erwarteten Erträge) über ihrem Produktionspreis liegt. Ihr Vermögenswert aber kann für das Gleichgewicht nicht über ihrem Produktionspreis liegen.

Entweder also haben sie im Gleichgewicht zwei Preise – was nicht sein kann; oder ihr Ertrag muß sinken – was allerdings sein kann, weil eine steigende Nachfrage nach Arbeit auch bei Marx auf die Löhne wirkt und so die Restgröße Profit senkt.

Die Löhne müssen also so lange steigen, bis die Nachfrage nach Arbeit den Profit auf den Zins fallen läßt – aber der Zinssatz ist ja eine Funktion der Profitrate, kann »... zu jeder beliebigen Tiefe fallen«, so nur das Angebot an Geldkapital entsprechend wächst. Nun, da die steigenden Löhne keine Auswirkungen auf das Preisniveau haben können – was daran liegt, daß die Kapitalisten kein erfolgreiches mark-up pricing betreiben können, solange die Profitrate noch über dem Zinssatz liegt (und es nach Marx eh nicht tun), hindert nichts eine weitere Ermäßigung der Zinsen, zumal ja die Kapitalisten darauf drängen werden, die »Lage der Industrie zu erleichtern«.

Damit folgt, daß wir wieder auf das Niveau des vierten Kapitels des ersten Buches zurückgeworfen sind: G-W-G' geht über in G-W-G, die Profitrate konvergiert gegen Null, oder die klassische Erklärung der Profitrate führt auf die Erklärung der Inexistenz der Profitrate. Oder schließlich: Marx muß behaupten:

Im *Gleichgewicht* ist die Arbeitskraft überschüssig und solange sie überschüssig ist herrscht *kein Gleichgewicht*.

### *Der Übergang zum Geldkeynesianismus*

Auch Marx kennt dieses Problem. Im 15. Kapitel des dritten Buches argumentiert er: Steigende Beschäftigung macht die Löhne steigen, die Profitrate fällt bei steigenden Löhnen. Sobald dieser Fall der Profitrate einen Fall der Profitmasse nach sich zieht, setzen die Investitionen aus, weil es dem Begriff des gesellschaftlichen Gesamtkapitals widerspricht, mehr Geld vorzuschießen, um weniger zurück zu erhalten – und genau dies wäre ja, insgesamt betrachtet, dann der Fall:

»Unter allen Umständen würde sich das Gleichgewicht herstellen durch Brachlegung und Selbstvernichtung von Kapital in größerem oder geringerem Umfang. ... Ein Teil des baren Goldes und Silbers liegt brach, fungiert nicht als Kapital« (MEW 25, S. 264).

Die Bedingung »Akkumuliert, akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten!« (MEW 23, S. 621) gerät in Widerspruch zur Profitsicherung. Marx muß also verlangen, daß Geld »unbeschäftigt« gehalten wird, um die Profite der Kapitalisten als Klasse zu sichern. Nur kann er eben nicht angeben, wie das vor sich gehen soll, denn der individuelle Geldbesitzer verliert ja, wenn er sein Geld im Interesse der Klasse stilllegt: *Dagobert Duck muß Moses zu Hilfe eilen*.

In G-G-W-G'-G' haben wir aber auch bereits den Ansatzpunkt dafür. G-W stellt zwar weiterhin kein Problem dar, aber es geht nicht darum, Ware zu kaufen, noch zu

produzieren. Der Kapitalist will vielmehr durch die Produktion an etwas gelangen, was er nicht produzieren kann, an Geld. Bei  $p'=0$  ist aber  $G'$  im Durchschnitt gleich  $G$  – aber dieser Durchschnitt stellt sich eben nur her, als ein Durchschnitt von Abweichungen, für den individuellen Kapitalisten ist das Resultat *unsicher*.

Nun mag es für diesen zwar gerade noch angehen zu unterstellen, daß, wenn Gewinn- und Verlustchancen sich die Waage halten, er trotzdem investieren wird. Anders sieht dies aber für den Gläubiger aus: Sein Geldrückfluß steht vor Beginn des Prozesses fest – so der Schuldner nicht falliert. Er teilt mit diesem also die Unsicherheit des Geldrückflusses, nicht aber die Gewinnchancen. Eher im Gegenteil: Machen die Unternehmer bei einem Gleichgewichtsprofit von Null überwiegend Gewinne, so deutet dies auf eine Überschußnachfrage, also Preisniveausteigerungen. Der Vermögenseigentümer würde also verlieren: entweder, indem er sein Geld im Durchschnitt nicht wiederbekäme, oder gerade weil eben die Bedingungen, die garantieren, daß er es zurückbekommt, den Vermögenswert seines Vorschusses gemindert hätten. Beide Varianten machen daher den Anbieter von Geldkapital zum verrückten Schatzbildner, bzw. den Schatzbildner zum rationalen Geldvermögenseigentümer. Für den Fall der Fallite des Schuldners ist dies unmittelbar einsichtig, aber es gilt auch für den zweiten Fall. Zwar ist Geldvermögen ebensowenig inflationsgesichert wie Forderungen, aber sein Liquiditätsgrad ist höher, es kann also schneller in Sachvermögen umgesetzt und damit inflationsgesichert werden.

Damit sind wir denn aber auch schon beim Ausgangspunkt des Geldkeynesianismus angelangt: Solange der potentielle Schatzbildner nicht für den Verzicht auf den nichtpekuniären Ertrag der Geldhaltung, die Vermögenssicherung entschädigt wird, ist er der rationale Kapitalist. Die Unsicherheit der Vermögenssicherungsfunktion des Geldes verlangt einen positiven Vermögenszins für längerfristige Einlagen, die des Vermögensrückflusses (sowie die Kosten der Reservehaltung, deren Höhe natürlich auch vom Zustand des Vertrauens abhängt) einen darüberliegenden Kreditzins der Banken. Der Zins ist dem Produktionsprozeß vorausgesetzt, die Unternehmer müssen ihn also überwälzen können.

Dies bedeutet aber, daß es erst das Geldkapitalverhältnis, die Dominanz des Marktes für Kredit und Eigenkapital über die »Realsphäre«, ist, die das Kapitalverhältnis garantiert, weil nur die Ableitung eines positiven Zinssatzes die Ableitung einer positiven Profitrate erlaubt, wie umgekehrt das Geldkapitalverhältnis nur vom Kapitalverhältnis her begriffen werden kann: Nur weil die Arbeitsleistung in der Form der Ware Arbeitskraft auf dem Markt erscheint, also gegen Geld feil ist, kann ein Geldvorschuß zur Bedingung der Produktion werden und nur weil Einkommen durch die Produktion entsteht, kann das Knapphalten von Geldvorschüssen ein Überschußeinkommen erzwingen.

Kapital erzielt einen Profit, weil es knapp gehalten wird »... and it is kept scarce, because of the competition of the rate of interest on money. If capital becomes less scarce, the excess yield will diminish, without its having become less productive ...« (Keynes W VII, General Theory, S. 217).

Erst auf diesem Niveau gilt: »Im Geldmarkt ist das Kapital als Totalität gesetzt; darin ist es *Preißbestimmend, Arbeitgebend, die Production regulierend*, in einem Wort *Productionsquelle* ...« (MEGA II.1.1, S. 199 – Grundrisse, zweiter Gliederungsentwurf).

Das Kapitalverhältnis wird so radikaler gedacht;

- während in der Klassik der Wert der Ware Arbeitskraft den Profit bestimmt, bestimmt ihn hier das Kapital selbst – und die Arbeiter erhalten, was übrig bleibt.
- während in der Klassik die Gewinne der Vorperiode, damit aber wiederum: der Wert der Ware Arbeitskraft, der Arbeitsmarkt, die Akkumulation regiert, bestimmt hier das Kapital selbst, der Markt für Kredit und Eigenkapital, das Niveau von Produktion und Beschäftigung.

#### IV. Die Kritik der politischen Ökonomie

Nach der hier vorgeschlagenen Interpretation könnte »Das Kapital« also drei Leistungen erbringen: Zunächst erlaubt es die Entwicklung der Kategorien ökonomischer Theorie und gestattet es, zwischen verschiedenen Paradigmen zu diskriminieren. Ferner ermöglicht es die Vermittlung von Staatstheorie und ökonomischer Theorie.

Aber dies ist nicht alles. Es gewährleistet zugleich die Kritik der liberalen Gesellschaftstheorie: Das entscheidende Argument der liberalen Theorie war und ist ja das emanzipative Potential des Marktes. Nicht die wohlfahrts-, sondern die freiheitstheoretische Argumentation markiert den Bruch mit dem absolutistischen Staat, denn im »Wohl der Landeskinder« konnten sich die Absichten des Fürsten und des liberalen Theoretikers durchaus treffen, nicht jedoch in der Frage ihrer Souveränität. Im absolutistischen Staat entscheidet der Fürst über die Geschicke seiner Untertanen, in Marktbeziehungen gestellt, so Hoffnung und Postulat liberaler Theorie, entscheiden diese sie selbst. Selbstbestimmung tritt an die Stelle von Fremdbestimmung, freie Vereinbarung an die von Herrschaftsverhältnissen: Dies ist das zentrale gesellschaftstheoretische Argument liberaler Theorie.

»The issue is ... *autonomous action of each individual versus the exclusive action of the government*. It is *freedom versus government omnipotence*« (Mises, S. 726; für den prinzipiell anarchistischen Charakter konsequenter neoklassischer Theorie siehe auch Hoppe).

Der Rekurs auf politologische Argumente trifft sie daher auch nicht ins Mark, bestätigt er doch nur, daß es nicht der (Welt-) Markt, sondern daß es gerade die ungenügende Durchsetzung von Marktvermittlung ist, die Probleme aufwirft. Die Kritik der politischen Ökonomie kann die These ihres Kontrahenten, daß Marktbeziehungen die Souveränität der Akteure verbürgen und so ein Reich von Freiheit Gleichheit und Bentham ermöglichen, nur dann treffen, wenn es ihr zu zeigen gelingt, daß gerade unter den Voraussetzungen der liberalen Ökonomik Marktbeziehungen nicht Gleichberechtigung, sondern hierarchische Strukturen reproduzieren; daß konsequent durchgeführte bürgerliche Emanzipation zwar – und darin besteht ihr unbestrittenes historisches Verdienst – Emanzipation von der direkten Herrschaft des Menschen über den Menschen ist; daß sie aber nicht Freiheit, sondern nur dinglich vermittelte Herrschaft an die Stelle der direkten treten läßt.

Gegeben also den gesellschaftlichen Charakter der Tätigkeiten: Wie realisiert er sich,

wenn nicht durch bewußte Planung, sei es als direkte Herrschaft einer Ausbeuterklasse oder selbstbestimmte gesellschaftliche Planung der Assoziation freier Produzenten –, die durch die Form dieser Tätigkeiten ja gerade ausgeschlossen ist? Durch die »Versachlichung der Produktionsverhältnisse« und ihre »Verselbständigung gegenüber den Produktionsagenten«: Da der gesellschaftliche Zusammenhang nicht handlungsleitend ist, macht er sich gegen die Agierenden geltend als gesellschaftlicher Zusammenhang der Mittler ihrer Tätigkeiten, der Waren, des Geldes: Er wirkt auf sie wie ein »Naturgesetz«, nach dem sie sich zu richten haben, als eine fremde Macht, der sie ausgesetzt sind, obwohl es doch nur ihre eigenen Potenzen sind, nur der gesellschaftliche Charakter ihrer eigenen Tätigkeit ist, der ihnen da übermächtig gegenübertritt, als eine »verzauberte und verkehrte Welt« (MEW 25, S. 835; zur verkehrten Welt siehe auch: MEW 25, S. 838, MEW 26.3, S. 504).

Die »Naturgesetze« der kapitalistischen Produktionsweise, die die Handlungen der Individuen bestimmen, sind in Wirklichkeit nichts als die diesen entfremdeten gesellschaftlichen Qualitäten ihrer Handlungen; es sind die Potenzen der gesellschaftlich Produzierenden selbst, die ihnen als fremde Mächte gegenüberreten, die die Verhältnisse konstituieren, die den Akteuren als Rahmenbedingungen ihres Handelns erscheinen, statt von diesen selbstbewußt gestaltet zu werden<sup>9</sup>.

Der letzte Satz weist auf einen Zirkel: Einerseits soll das Kapitalverhältnis die Rahmenbedingungen des Handelns konstituieren, andererseits aber kann es nur innerhalb dieser Rahmenbedingungen funktionieren, es muß also gefaßt werden, als selbst die Voraussetzungen setzend, aus denen es entspringt. Damit erfordert seine Thematisierung eine Kategorie, die das Niveau des Begriffs bzw. der Idee als Einheit von Begriff und Realität in Hegels Logik erreicht, also eines Verhältnisses (Lohnarbeit und Kapital) als Verhältnis zu sich selbst durch sein anderes (Lohnarbeit als Moment des Kapitalverhältnisses, das Kapital als Verhältnis zu sich selbst), dessen Seiten als Momente des Verhältnisses gefaßt werden können, das sie, als seine Voraussetzungen, selbst setzt.

Sicherlich, auch das Kapitalverhältnis ist ein Verhältnis der Herrschaft des Menschen über den Menschen: »Nicht die Götter, nicht die Natur, nur der Mensch selbst kann diese fremde Macht über den Menschen sein« (MEGA I.2, S. 371); aber weil die Akteure von ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang abstrahieren, gewinnt dieser eine eigentümliche Gestalt. Daß Menschen zu Dingen herabgesetzt werden, ist nichts dem Kapitalismus eigentümliches: Der Sklave als sprechendes Werkzeug spricht diesen Sachverhalt für die Sklavenhaltergesellschaft aus. Aber dort wurden doch Menschen von Menschen verdinglicht. Hier jedoch gewinnen die Eigenschaften von Dingen gesellschaftliche Macht. Die Dinge und ihre Beziehungen gewinnen so Eigenschaften, die ihnen als Sachen nicht zukommen: Sie bestimmen als »Sachzwänge« gesellschaftliches Handeln.

Dies thematisiert der Begriff des Fetischismus. Werden im archaischen Fetischismus den Sachen Eigenschaften nur zugeschrieben, die ihnen als solchen nicht zukommen, so treten im bürgerlichen Fetischismus die Menschen tatsächlich die Verfügungsgewalt über ihre Fähigkeiten an die Sachen ab, verdinglichen sie und geraten unter

ihre Fuchtel. Denn gesellschaftliche Fähigkeiten bewußt und kontrolliert einsetzen, dies würde eben bewußte Vergesellschaftung voraussetzen.

Indem nun die Mittler gesellschaftlicher Beziehungen an deren Stelle zum Motiv des Handelns werden, emanzipieren sich die Resultate des Handelns von den Intentionen. Geldkeynesianisch gesprochen: Der Vermögensbesitzer zielt gar nicht darauf ab, fremde Arbeit anzueignen. Er hat Angst um den Rückfluß seines Vermögens und hält darum sein Geldangebot knapp – und setzt dadurch seine gesellschaftliche Herrschaft durch.

Auch die politische Absicherung der Voraussetzungen dieses gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisses ist keine bewußte. Der Souverän ist keineswegs souverän gegenüber den ökonomischen Zusammenhängen (siehe: »Der König von Preußen und die Sozialreform« in MEGA I.2), er ist diesen vielmehr selbst unterworfen, denn nicht der Staat übergreift (wie in Hegels Rechtsphilosophie) die bürgerliche Gesellschaft, sondern diese, als Weltmarkt, jenen. Das Primat der außenwirtschaftlichen Absicherung – erneut geldkeynesianisch gesprochen, aber durchaus im Sinne von Marx – erzwingt eine Politik, die die Funktionsbedingungen dieser Art von Klassenherrschaft gewährleistet, auch ohne daß sie darauf abzielte.

Gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, niedergeschlagen in einem System dinglicher Beziehungen, das Macht über die Mitglieder der Gesellschaft hat, die Macht der Objekte über die Subjekte – dies zu entwickeln ist die soziologische Dimension des »Kapital«.

Damit unterscheidet Marx sich sowohl von Liberalismus, der versucht, die Gesellschaft als Resultat des freien Willens zu fassen (Gesellschaftsvertrag), denn er zeigt, daß dieser »freie Wille« fremdbestimmt ist, als auch von der Systemtheorie, für die Gesellschaft ein überindividuelles System ist, das seine Prinzipien man-weiß-nicht-recht-woher nimmt und seine wehrlose (oder bestenfalls lästige) Umwelt (die sgn. Menschen) und deren Beziehungen formt, weil er zeigt, daß die Prinzipien dieses Systems sich nur deshalb von den Menschen emanzipieren können, weil diese durch ihr eigenes Verhalten ihre Beziehungen verdinglichen und so dem Einfluß ihres Willens entziehen, der seinerseits unter den Pantoffel ihrer entfremdeten, verdinglichten Gesellschaftlichkeit gerät.

## Anmerkungen

- 1 Siehe für die Vorgeschichte und die Bedenken, die Hicks mittlerweile selbst über seine Interpretation hegt, Hicks (1980), sowie für die Kritik der IS-LM-Interpretation Leijonhufvud (1966), Minsky (1975), Moggridge (1980), Davidson (1980) und Rotheim (1981).
- 2 Bezeichnend ist, daß weder in Clowers noch in Malinvauds Beitrag zu »The Theory of Interest Rates« vom Geldmarkt die Rede ist. Auch Leijonhufvud verwirft an der General Theory gerade den Kern von deren Geldtheorie, die Liquiditätspräferenztheorie (Leijonhufvud 1981, S. 134 f.). Die Angemessenheit der Neuen Makroökonomie als Keynesinterpretation bestreitet u.a. Grossman.
- 3 Alle Anregungen zu diesem Teil verdanke ich den Veranstaltungen Professor Milan Pruchas – was nicht heißen soll, daß er für die hier gezogenen Nutzenanwendungen verantwortlich wäre.

- 4 Als erstes Resultat der Entwicklung ergibt sich so eine Kritik der Neoklassik: Die Behauptung, daß der Tausch zweier Waren den Kern der gesamten reinen und angewandten Ökonomik ausmache (Walras, S. 99 f.) und damit die Abstraktion vom Geld im Modell des Allgemeinen Gleichgewichts als Perspektive an eine warenproduzierende Gesellschaft, produziert einen logischen Widerspruch: Wenn der Markt (und mithin: die Produkte) die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion vermitteln sollen, so kann dies nur durch Kauf und Verkauf, nicht aber durch Tausch geschehen. Marktvermittlung kann nur mit Geld gedacht werden, oder: Geld ist eine wesentliche Kategorie für eine Theorie des Kapitalismus.

In der Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts nimmt denn in Wahrheit auch gar nicht der Markt, sondern der Auktionator die Koordination der Produktion wahr. Wenn die Neoklassik Marktbeziehungen in einem Auktionator-Modell faßt, also in einem Modell, in dem die Pläne aller Akteure vor deren Ausführung auf ihr Kompatibilität geprüft, im Falle der Inkompatibilität Planrevisionen durchgeführt werden und erst bei Verträglichkeit aller Pläne getauscht und produziert wird, so faßt sie offensichtlich den Markt als einen Ort bewußter gesellschaftlicher Planung. Natürlich glaubt kein auch nur halbwegs vernünftiger Neoklassiker, damit einen realen Vorgang beschrieben zu haben. Er hofft lediglich, daß Marktprozesse im Prinzip auf eine ähnliche Weise wirken, daß es also keinen wesentlichen Unterschied zwischen bewußter Planung und Markt gibt. Marx zeigt nun in den beiden ersten Kapiteln des »Kapital«, daß diese Hoffnung trügt: Während sich bewußte gesellschaftliche Planung als Tausch fassen läßt, ist es unmöglich, Marktbeziehungen, also Koordination gesellschaftlicher Produktion und Reproduktion über die Relationen der Produkte, als Tausch zu denken.

Es bezeichnet zwar zum einen den apologetischen Charakter der Neoklassik, marktvermittelte mit bewußt vermittelter gesellschaftlicher Produktion zu verwechseln; zum anderen aber bedeutet dies, daß die Ironie der Geschichte dazu geführt hat, daß die akademische Ökonomik sich in den letzten hundert Jahren im wesentlichen damit beschäftigt hat, ein Modell gesellschaftlicher Produktion zu formulieren, das auf freier Absprache aller Beteiligten beruht, und somit eine Vielzahl ausgefeilter Modelle für eine Assoziation freier und selbstbewußter Produzenten geliefert hat, die emanzipativer Theorie als Ansatzpunkt dienen könnten.

Allerdings ist damit zugleich eine Kritik der Klassik impliziert: Geld kann nicht nur Schmiermittel des Austauschs sein, von dem ebensogut abstrahiert werden kann (Mill, 1848, S. 9, S. 129), weil die Abstraktion von ihm auf eine logisch falsche Aussage führt. Geld muß also wesentlich für die Theorie des Kapitalismus sein und folglich auch Konsequenzen zeitigen.

- 5 Entsprechend sind sie für eine Theorie bewußter Vergesellschaftung unverständlich: In Schumpeters Geldtheorie etwa, die das Geld aus seiner Rolle in der Buchhaltung einer Planwirtschaft her zu erfassen sucht, kommt es über die Bestimmung eines Rechenpfennigs, also über die Wertmaßfunktion, nicht hinaus. Die soziale Funktionslosigkeit macht Geldhaltung unverständlich, so daß sich die Verzinsung der Geldhaltung ergibt, sei es als unkritische wohlfahrtstheoretisch begründete Forderung bei Friedmann, sei es als Konsequenz der Haushaltstheorie, wie bei Hahn, der den Vorzug hat, das kontrafaktische seiner Konsequenz zu sehen und aus ihr auf Defizite in der Entwicklung der Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts zu schließen. Jedoch zeigt der Zusammenhang von Marktvermittlung und Geldfunktion einerseits und der Gegensatz von Marktvermittlung und Auktionatorökonomie (bewußter Vermittlung also) andererseits, daß es sich bei der adäquaten Erfassung von Geld nicht um ein Defizit in der Durchführung des Forschungsprogramms der Theorie des Allgemeinen Gleichgewichts, sondern um einen dieser grundsätzlich unerreichten Gegenstände handelt.
- 6 Die klassische Fondstheorie der Akkumulation zieht ihre Plausibilität ganz aus dem Kornmodell: Wenn a) die Löhne vorschüssig gezahlt werden und b) die Löhne Reallöhne sind, dann kann natürlich der Pächter für die Produktion der nächsten Ernte nicht mehr Leute einstellen, als er Säcke Korn für diesen Zweck aus dem Überschuß der letzten Ernte zurückgelegt hat. Da es ihm außerdem c) nicht um Profite in Geld, sondern um mehr Korn geht, kann auch kein Realisierungsproblem auftauchen. Dabei hat Prämisse a den Zweck, Kapazitätseffekte zusätzlicher Beschäftigung auszuschließen (sonst wäre der Lohnfonds – das Korn, das die Arbeiter kriegen – ja seinerseits eine Funktion der Beschäftigung und damit gar nicht mehr vor der Bestimmung des Niveaus der Akkumulation bestimmbar), während Prämisse b Marktlagengewinne ausschließt: Würden die Löhne in Geld gezahlt, so würde ein Anstieg der Beschäftigung lediglich bei gegebenem »Lohnfonds« zu einem Anstieg der Kornpreise, also sinkenden Reallöhnen und damit steigenden Profiten führen und sobald der Kapazitätseffekt der Be-

schäftigung wirksam würde, würde sich das Preisniveau auf seine alte Höhe zurückbilden. Die Prämissen b und c sind aber nicht nur notwendige Voraussetzungen der klassischen Akkumulationstheorie, sie stehen zugleich im Widerspruch zu den im »Kapital« gewonnenen Resultaten: Wenn die Arbeitskraft Warenform hat, dann muß, weil Waren sich nicht gegen Waren tauschen können, ihr Preis ein Geldpreis, die Reallohnhypothese also unzulässig sein. Wenn es im Kapitalismus um die Verwertung eines Geldvorschusses (G...G') geht, dann kann auch die Profitrate keine Güterzinsrate sein, sich nicht an dem zusätzlichen Korn im Speicher messen, sondern muß sich auf den Geldrückfluß beziehen.

- 7 Diese entstehen durch Nachfrageschwankungen. Zentralbankgeld wird immer nachgefragt (Steuern sind weiterhin in ihm zahlbar, es ist noch Standard der laufenden Kontrakte; es hat damit den zusätzlichen Vorteil der höheren Liquidität der dominanten Währung – Herr 1987, S. 4), während beim Ausstieg aus der Goldform, so er kurzfristig erfolgen muß, trotz langfristig steigendem Trend Verluste durch kurzfristige Kursschwankungen drohen.

- 8 Auch der weitere Gliederungsentwurf (MEGA II.1.1, S. 187) läßt sich von diesem Niveau her aufarbeiten.

»Staat und bürgerliche Gesellschaft«: Das Gläubiger-Schuldner-Verhältnis als Grundverhältnis kapitalistischer Vergesellschaftung ist einerseits Konsequenz der Theorie der bürgerlichen Gesellschaft, andererseits ist es ohne einen Rechtszwang zur Einhaltung der Kontrakte undenkbar. Der Staat bekommt so vom Markt selbst eine Funktion zugewiesen. Weit entfernt, den Staat überflüssig zu machen, kann der Markt ohne eine staatliche Ordnungspolitik und, zur Erzeugung eines einheitlichen Wirtschaftsraums, eine staatliche Geldpolitik, gar nicht funktionieren.

Zugleich aber setzt er ihm deutliche Grenzen. Zunächst verhindert er eine Besteuerung der Gewinne: Da der Kreditzins die Profitrate erzwingt, die Kreditvergabe aber Geld erst entstehen läßt, muß der Zins eine Nettokategorie sein, denn niemand kann Geld besteuern, das nicht entstanden ist (dies heißt nicht, daß eine Besteuerung von Zinseinkünften unmöglich wäre; es heißt lediglich, daß, wenn dies versucht wird, der Zins eben entsprechend dem Steuersatz steigt). Die Profite könnten somit nur über die Geldpolitik getroffen werden (für eine ausführliche Staatsableitung vor dem Hintergrund dieses Ansatzes siehe Kühn 1988).

»Weltmarkt. Übergreifen der bürgerlichen Gesellschaft über den Staat«: Die Voraussetzung der Profiterzielung ist das Knapphalten des Geldes, in dem Vorschüsse getätigt werden. Andererseits ist das Knapphalten des Geldes aber auch die Voraussetzung der Verteidigung seiner Vermögenssicherungsfunktion. Da nun aber der Vermögenseigentümer die Wahl hat, wie er sein Vermögensportfolio halten will, steht das Geld des Souveräns in Konkurrenz sowohl zu Sachvermögen als zu fremden Währungen. Die Zentralbank ist mithin gezwungen, die Vermögenssicherungsfunktion des nationalen Geldes zu verteidigen, das aber heißt seine Knappheit und damit die notwendige Voraussetzung für eine Profiterzielung durch Geldvorschüsse zu gewährleisten, will sie nicht Gefahr laufen, daß ihr Geld im eigenen Lande außer Kurs gesetzt wird. Somit erzeugt die bürgerliche Gesellschaft als Weltmarkt einen Zwang zur außenwirtschaftlichen Absicherung, der Verstöße gegen die Funktionsbedingungen einer Geldwirtschaft im Innern sanktioniert (siehe Riese 1986, Kapitel 6).

Dies bedeutet aber, daß die Subjekt-Objekt-Verkehrung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft sich für das Verhältnis von Staat und Gesellschaft wiederholen muß. Dieser, gefaßt zunächst als Ausdruck gesellschaftlichen Willens (und entgegenkommender – *volonté générale* – kann man gegen Demokratietheorien gar nicht sein) wird fremdbestimmt. Er ist gezwungen, nicht den Willen der Wähler, sondern die Sachzwänge, die, ohne deren Willen und Bewußtsein, aus der Logik der Form der Vergesellschaftung sich ergebenden Gesetze der Geldwirtschaft zu exekutieren.

- 9 Der Terminus »verkehrt« hat folglich drei Bedeutungen:

A) eine normative: Die Objekte beherrschen die Subjekte statt umgekehrt

B) falsch: Es ist keineswegs die Eigenschaft der Erde, Grundrente hervorzubringen

C) auf notwendige Art falsch, also richtig: Die Welt ist ja tatsächlich verkehrt. Folglich muß, als richtiger Ausdruck verkehrter Verhältnisse, die Fähigkeit des Arbeiters (über die für seine Reproduktion notwendige Zeit hinaus zu arbeiten) als Fähigkeit des Kapitals (Profit abzuwerfen) sich realisieren (siehe z.B.: MEW 25, S. 834).

## Literatur

- Aglietta, M. (1976): *Régulation et crises du capitalisme*. L'expérience des Etats-Unis, Paris
- Backhaus, H. G. (1986): Zum Problem des Geldes als Konstituens oder Apriori der ökonomischen Gegenständlichkeit, in: *PROKLA* H. 63, Berlin
- Borchardt, K. (1976): Währung und Wirtschaft, in: Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (1976): *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876 - 1975*, Frankfurt
- Clower, R. (1965): The Keynesian Counterrevolution: a Theoretical Appraisal, in: Hahn, F. H./ Brechling, F. R. (Hrsg.) (1965): *The Theory of Interest Rates*, London
- Davidson, P. (1980): The dual-facted nature of the Keynesian revolution: money and money wages in unemployment and production flow prices, in: *Journal of Post Keynesian Economics* Vol 2 (3)
- Eisler, R. (1930): *Kant Lexikon*, Hildesheim
- Feyerabend, P. (1982): *Wider den Methodenzwang*, Frankfurt
- Fulda, H. F. (1978): Unzulängliche Bemerkungen zur Dialektik / Hegels Dialektik als Begriffsbewegung und Darstellungsweise, in: Horstmann, R. P. (Hrsg.): *Seminar: Dialektik in der Philosophie Hegels*, Frankfurt
- Ganßmann, H. (1983): Marx ohne Arbeitswertlehre? In: *Leviathan* H. 3/1983
- Grossmann, H. I. (1981): War Keynes ein »Keynesianer«? – Ein Überblicksartikel, in: Hagemann, H./ Kurz, H. D./Schäfer, W. (Hrsg.): *Die neue Makroökonomik*, Frankfurt
- Hegel, G. F. W.: Modenhauer, E./Michels, K. M. (Hrsg.) (1971): Georg Friedrich Wilhelm Hegel, *Werke*, Frankfurt
- Henrich, D. (1981): *Hegel im Kontext*, Frankfurt
- Herr, H. (1986): *Geld, Kredit und ökonomische Dynamik in marktvermittelten Ökonomien – die Vision einer Geldwirtschaft*, München
- Herr, H. (1987): *Weltgeld und Währungssystem*. Mskr. Berlin
- Herr, H. (1987a): *Kredit und Akkumulation in einer Geldwirtschaft*. Mskr. Berlin
- Hicks, J. (1980): IS-LM: an explanation, in: *Journal of Post Keynesian Economics*, Vol. 3 (2)
- Hoffmeister, J. (1955): *Wörterbuch der philosophischen Begriffe*, Hamburg
- Holton, G. (1981): *Thematische Analyse der Wissenschaft*, Frankfurt
- Hoppe, H.-H. (1987): *Eigentum, Anarchie und Staat*. Studien zur Theorie des Kapitalismus, Opladen
- Keynes, J. M. Werke: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, London and Basingstoke
- Kühn, R. (1988) – *Staat und Geldwirtschaft*. Die Marxsche Fragestellung in der Perspektive des monetären Keynesianismus, (Diplomarbeit) Berlin
- Kuhn, T. S. (1965): *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, Frankfurt
- Leijonhufvud, A. (1966): On Keynesian Economics and the Economics of Keynes. Dt: *Über Keynes und den Keynesianismus*. Eine Studie zur monetären Theorie, Köln 1973
- Leijonhufvud, A. (1981): *Information and Coordination*. Essays in Macroeconomic Theory, New York und Oxford
- Malinvaud, E. (1965): Interest Rates in the Allocation of Ressources, in: Hahn, F. H./Brechling, F. R. (Hrsg.) (1965): *The Theory of Interest Rates*, London
- Marx, K. (MEGA): *Marx-Engels-Gesamtausgabe*, Berlin
- Marx, K. (MEW): *Marx-Engels-Werke*, Berlin
- Marx, K. (Briefe): *Briefe über das Kapital*, Berlin
- Mill, J. (1844): Nutzinger, H. G. (Hrsg.): *Einige ungelöste Probleme der politischen Ökonomie*, Frankfurt
- Mill, J. (1848): *Principles of Political Economy*; dt: Grundsätze der politischen Ökonomie, Bd. 1. Jena 1923
- Minsky, H. P. (1975): *John Maynard Keynes*, Columbia
- Mises, L. v. (1949): *Human Action*. A Treatise on Economics, New Haven
- Moggridge, D. E. (1980): *Keynes*, London and Basington
- Platon: *Werke*, Hamburg
- Reichelt, H. (1969): Anmerkungen zur Marxschen Werttheorie und deren Interpretationen bei Werner Hofmann, in: *Sozialistische Politik* H. 2

- Ricardo, D. (1821): *Principles of Political Economy and Taxation*, dt.: Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung, Frankfurt 1972
- Riese, H. (1986): *Theorie der Inflation*, Tübingen
- Riese, H. (1987): Aspekte eines monetären Keynesianismus – Kritik und Gegenentwurf, in: Dietrich, K. et al. (1987): *Postkeynesianismus*. Ökonomische Theorie in der Tradition von Keynes, Kalecki und Sraffa, Marburg
- Riese, H. (1987a): Keynes als Kapitaltheoretiker, in: *Kredit und Kapital* H. 2 (20)
- Rotheim, R. (1981): Keynes monetary theory of value (1933), in: *Journal of Post Keynesian Economics*, Vol. 3
- Rothschild, K. W. (1981): *Einführung in die Ungleichgewichtstheorie*, Berlin, Heidelberg, New York
- Say, J. B. (1803): *Traité d'économie politique*, Paris (1972)
- Schumpeter, J. A. (1970): *Das Wesen des Geldes*, Göttingen
- Sismondi, J.-C.-L. (1828): *Nouveaux Principes d'économie politique*. dt: Neue Grundsätze der Politischen Ökonomie, Bd. 2, Berlin (1975)
- Smith, A. (1776): *Wealth of Nations*. dt: Eine Untersuchung über Natur und Wesen des Volkswohlstandes, Reprint der Ausg. Jena 1923
- Stadermann, H.-J. (1986): *Grundsätze der Ressourcenökonomie und der Geldwirtschaft dargestellt am Beispiel der zweiten Weltwirtschaftskrise des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/Bern/New York
- Stadermann, H.-J. (1987): *Zur Kritik der ökonomischen Vernunft*, Tübingen
- Thornton, H. (1802): *An Enquiry into the Nature and Effects of the Paper Credit of Great Britain*, London 1962
- Walras, L. (1900): *Eléments d'économie politique pure*, Paris 1976